

Antrag Nr. 04-F-02-0024

CDU-Fraktion

Betreff:

Bundeskürzungen im Sozialbereich
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 17.03.2004 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird um Bericht gebeten, welche finanziellen Auswirkungen die auf Bundesebene zum Jahreswechsel erfolgten bzw. beschlossenen Kürzungen im Sozialbereich
 - a) für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt
 - b) auf die städtischen Finanzenhaben.

2. Dabei ist insbesondere auf die Kürzungsmaßnahmen einzugehen:
 - Vorenthaltung der Rentenanpassung 2004
 - Faktische Rentenkürzung durch Übernahme des vollen Pflegeversicherungsbeitrages durch die Rentner
 - Renteneinbußen durch den "Nachhaltigkeitsfaktor"
 - Renteneinbußen durch die schrittweise Abschaffung der Anrechnung von Ausbildungszeiten
 - Verschiebung des Auszahlungstermins für Neurentner auf das Monatsende

 - Begrenzung des Anspruches auf Arbeitslosengeld auf 12 Monate
 - Einführung des Arbeitslosengeldes II (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Hartz-IV) zum 1.1.05

 - Einführung der "Praxisgebühr" von 10 €
 - Erhöhte Zuzahlungen für Arznei- Heil- und Hilfsmittel usw.
 - Erhöhte Zuzahlungen für häusliche Krankenpflege

Begründung:

Wiesbaden, 17.03.2004

gez. Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender

Dr. Sven-Uwe Schmitz
Fraktionsgeschäftsführer